



Bundestags- Brief

Nr. 2 Die Woche im Bundestag
22.09.06



**Prof. Monika
Grütters**

Mitglied des Deutschen
Bundestages

· Platz der Republik 1 ·
11011 Berlin
Kontakt:

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

www.monika-gruetters.de

Thema der Woche: Bundeswehr-Einsatz im Libanon richtig, angemessen und verantwortbar

In dieser Woche hatte der Bundestag eine historische Entscheidung zu treffen. Das Parlament stimmte über die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) ab und erteilte damit erstmals ein Mandat für einen Bundeswehreininsatz im Nahen Osten.

Auf Grundlage der Resolution 1701 des VN-Sicherheitsrats hat die libanesische Regierung mit ihrem Schreiben an die Vereinten Nationen vom 6. September 2006 um Unterstützung bei der Absicherung der seeseitigen Grenzen des Libanon gebeten. Einsatzkonzept und Einsatzregeln sehen nun alles Notwendige vor, um den Auftrag der Vereinten Nationen in führender Rolle vor der libanesischen Küste effektiv zu erfüllen. Das schließt einen Einsatz innerhalb der gesamten Territorialgewässer des Libanon ebenso ein, wie auch – falls notwendig – das Betreten und Untersuchen verdächtiger Schiffe gegen Widerstand. Damit ist der deutsche Beitrag von substanzieller Bedeutung. Für die Beteiligung der Bundeswehr an der Operation ist eine Obergrenze von 2.400 Soldaten vorgesehen. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, dass Deutschland sich an diesem robusten VN-Mandat beteiligt – nicht, weil wir uns einer Bitte nicht entziehen können, sondern weil wir der festen Überzeugung sind, dass der Einsatz richtig und nützlich ist.

Wir haben in letzter Zeit mehr denn je erfahren müssen, wie eng unsere innere Sicherheit von äußeren Einflüssen abhängt. Aus diesem Grund haben wir ein großes Interesse an Stabilität in der europäischen Nachbarschaft. Genauso sind wir daran interessiert, dass den Vereinten Nationen vor Ort die erfolgreiche Durchsetzung der

Resolution 1701 gelingt. Gleichzeitig ist der Beitrag der Bundesmarine aber auch als Unterstützung der Sicherheit Israels sowie im Rahmen des Wiederaufbaus des Libanon zu einem souveränen und freien Staat zu verstehen. Die Entsendung deutscher Truppen ist nicht leicht gefallen, zumal die historische Tragweite der Entscheidung jedem bewusst ist. Aber das Parlament hat diese Entscheidung mit Augenmaß getroffen, in der Gemeinschaft unserer europäischen Partner und in dem Bewusstsein, dass Deutschland einen wichtigen Beitrag für mehr Frieden und Freiheit in der Region leistet.

Denn das bis zum 31. August 2007 zeitlich befristete Mandat der Bundeswehr ist eine unverzichtbare Voraussetzung zur Lösung des Konflikts im Nahen Osten. Der Libanon muss wieder in die Lage versetzt werden, seine innere und äußere Souveränität eigenständig auszuüben. Die Stabilisierung des Staates Libanon wird dazu führen, den Einfluss der Hisbollah zu begrenzen und einem Teil des islamistischen Terrors den Boden zu entziehen. Das liegt auch in unserem Interesse.

Klar ist aber auch, dass wir die Bundeswehr mit diesen neuen Aufgaben nicht allein lassen dürfen. Wir können nicht immer neuen Einsätzen zustimmen und gleichzeitig erwarten, dass die Bundeswehr mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auskommt. Um die Transformation der Bundeswehr vernünftig weiterführen zu können und die Auslandseinsätze auch weiterhin auf hohem Niveau zu ermöglichen, benötigt die Bundeswehr eine angemessene finanzielle Ausstattung. Nur so können die Streitkräfte den vielfältigen Herausforderungen einer modernen Welt gerecht werden.

Absage an Rot-Rot bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin

Unsere Spitzenkandidaten in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, Jürgen Seidel und Friedbert Pflüger, haben großen Einsatz im Wahlkampf gezeigt. Natürlich hätten wir uns bessere Ergebnisse gewünscht, aber auch die andere Seite hat keinen Grund zum Jubel. In beiden Ländern ist Rot-Rot klar abgestraft worden und die SPD hat in Mecklenburg-Vorpommern dramatisch, hinsichtlich der absoluten Wählerzahlen, aber auch in Berlin an Zustimmung verloren.

Mit Sorge sehen alle demokratischen Parteien den Einzug der rechtsradikalen NPD in den Schweriner Landtag. Das beste Mittel hiergegen ist eine Politik, die wieder Zukunftszuversicht vermittelt und Beschäftigung ermöglicht. Hier hat Rot-Rot in den vergangenen Jahren versagt. Natürlich freut es uns, dass die CDU in Niedersachsen mit 41,3 Prozent der Stimmen landesweit wieder als stärkste Kraft aus den Kommunalwahlen in der vergangenen Woche hervorgegangen ist. Damit bleibt die CDU in Niedersachsen in den Kreisen und Gemeinden die bestimmende politische Kraft auf lokaler Ebene.

Hightech-Strategie der Bundesregierung

Mit der Hightech-Strategie wird erstmals über alle Ressorts hinweg eine nationale Strategie entwickelt mit dem Ziel, Deutschland an die Spitze der wichtigsten Zukunftsmärkte zu führen. Die Bundesregierung stellt dazu bis 2009 rund 15 Milliarden Euro für Spitzentechnologien und technologieübergreifende Querschnittsmaßnahmen bereit. Hiermit soll ein Beitrag geleistet werden, um das Lissabon-Ziel (Steigerung der Investitionen in Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt bis 2010 auf 3% des Bruttoinlandsprodukts) zu erreichen. In der Strategie werden 17 Zukunftsfelder festgelegt mit einem Fahrplan von Initiativen für jedes Feld.

Ein wesentlicher Faktor für die Innovationskraft des Landes ist beispielsweise der schnelle Weg vom Wissen in die Märkte. Bei diesem Wissens- und Technologietransfer spielt die effiziente Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft eine wesentliche Rolle. Innovative Klein- und Mittelunternehmen sind in besonderer Weise wichtig für die Übertragung neuen technischen Wissens in den Markt. Anlass zur Besorgnis geben jedoch die Berichte zur technologischen Leistungsfähig-

keit Deutschlands und die Untersuchungen des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft, die seit Jahren eine nachlassende Konkurrenzkraft Deutschlands im internationalen Vergleich nachweisen.

Ein geeigneter neuer Anreiz um den Technologietransfer zu beschleunigen, ist die Einführung einer Forschungsprämie für die Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen aus der Wirtschaft. Damit sollen gezielt die Forschungsinstitute gestärkt werden, denen es gelingt, Forschungsverträge mit Unternehmen der Wirtschaft abzuschließen. Das soll erreicht werden, indem öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen und Hochschulen, die Forschungsaufträge der Wirtschaft akquirieren, durch eine zusätzliche Prämie in Höhe von 25 Prozent des Auftragswertes vom Staat gefördert werden. Die Prämie soll branchen- und themenoffen und das Förderverhalten unbürokratisch sein.

Staatsakt für Dr. Rainer Barzel

Anlässlich des Staatsaktes zum Tode von Dr. Rainer Barzel würdigten die Bundeskanzlerin, der Bundestagspräsident sowie Altbundeskanzler Helmut Schmidt Rainer Barzels Leistungen als Fraktionsvorsitzender, Bundestagspräsident und als große politische Persönlichkeit der Bundesrepublik. Er hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in schwieriger Zeit fast zehn Jahre lang mit klarem Kurs geführt. Dabei stand im Mittelpunkt seines politischen Wirkens immer der unbeirrbar Glaube an die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Für dieses Ziel hat er sich in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit Leidenschaft und rhetorischer Kraft eingesetzt. Während der ersten großen Koalition hat er ganz wesentlich zur Stabilität und Gestaltungskraft dieses Regierungsbündnisses beigetragen. Als Oppositionsführer hat er die Ostpolitik der damaligen Regierung kritisch begleitet und sich erfolgreich für ein Offenhalten der deutschen Frage eingesetzt. Mit Rainer Barzel verliert die Bundesrepublik Deutschland einen bedeutenden Parlamentarier und überzeugten Patrioten, der sich um unser Land verdient gemacht hat.

Zitat

„Geiz beim Einkauf ist eben nicht geil, sondern manchmal gefährlich.“

(Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) am 19. September 2006 in Münster zum Gammelfleischskandal